



Antrag

der Abgeordneten **Georg Rosenthal, Inge Aures, Hans-Ulrich Pfaffmann, Diana Stachowitz, Dr. Christoph Rabenstein, Florian Ritter, Horst Arnold, Franz Schindler, Alexandra Hiersemann SPD**

Auf ein Anwendungsverbot antisemitischer kuwaitischer Gesetze auf europäischen Flughäfen hinwirken

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag verurteilt den Umgang von Kuwait Airways mit israelischen Staatsbürgerinnen und Staatsbürgern auf das Schärfste. Antisemitische oder anderweitig diskriminierende Gesetze verstoßen gegen das Diskriminierungsverbot, das in Art. 3 des Grundgesetzes (GG) und in Art. 21 der Charta der Grundrechte der Europäischen Union (GRC) eindeutig festgelegt ist. Unabhängig von ihrem nationalen Bestand dürfen derartige Gesetze auf dem Territorium der Bundesrepublik Deutschland und darüber hinaus in der Europäischen Union keine Wirkung entfalten.

Der Landtag fordert die Staatsregierung auf, sich auf Bundes- und EU-Ebene dafür einzusetzen, dass schnellstmöglich entsprechende Maßnahmen ergriffen werden, um diesem Grundrecht auch im Flugverkehr Geltung zu verschaffen, nötigenfalls durch Entzug von Start- und Landerechten.

Ferner fordert der Landtag die Staatsregierung auf, zusammen mit den anderen Anteilseignern bayerischer Flughäfen gegenüber Kuwait Airways diese Haltung unmissverständlich zum Ausdruck zu bringen und nötigenfalls rechtliche Schritte gegen diskriminierendes Geschäftsgebaren einzuleiten.

Begründung:

Die jüngst bekannt gewordene Weigerung von Kuwait Airways, unter Berufung auf ein kuwaitisches Gesetz einen Passagier mit israelischer Staatsbürgerschaft von Frankfurt aus zu befördern, weist über den aktuellen Fall hinaus. Ein solches Geschäftsgebaren steht generell im Widerspruch zu geltenden Grundrechten in der EU und in der Bundesrepublik Deutschland und erfordert eine entsprechende politische Reaktion.